Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung

SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2011)

Heft: 1: Tschernobyl : 25 Jahre danach

Artikel: Schweizer AKW-Betreiber lehnen weiterhin jegliche Verantwortung ab

Autor: Beek, Eva van

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586268

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

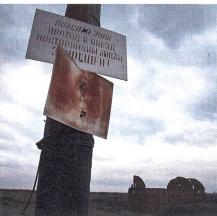
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweizer AKW-Betreiber lehnen weiterhin jegliche Verantwortung ab







Fotos: Greenpeace

Der schweizerische Stromkonzern Axpo war für den Public Eye Award 2011 nominiert und landete bei der Abstimmung auf Platz 6. Die Schweizerische Energie-Stiftung hat den Konzern für den Schmähpreis vorgeschlagen, da das Unternehmen Uran aus der Wiederaufbereitungsanlage Majak in Russland bezieht, einem der verstrahltesten Orte der Welt.

Von EVA VAN BEEK

Journalistin BR, eva.vanbeek@energiestiftung.ch

Die Uranwiederaufbereitungsanlage Majak liegt in Russland im Südural. Die Gegend um Majak ist stark radioaktiv kontaminiert. Radioaktive Abwässer werden in den nahen Fluss geleitet und der Atommüll lagert unter freiem Himmel. Und dennoch leben heute 80'000 Menschen in dieser Region, wo Flüsse, Boden und auch die Luft messbar verstrahlt sind. Die Bevölkerung leidet überdurchschnittlich oft an Krebs und Kinder weisen Behinderungen auf.

Mehrere Unfälle und 60 Jahre Betrieb der Kernenergieanlagen haben dazu geführt, dass die Gegend rund um Majak neben Tschernobyl zu den verstrahltesten Gebieten der Welt zählt. Trotz dieser erschreckenden Tatsachen beziehen die Schweizer AKW-Betreiber teilweise Uran aus dieser Anlage. Sie haben diese Praxis jahrelang verschwiegen und verschleiert.

Recherchen von Greenpeace deckten 2009 auf, dass Brennstäbe für Schweizer AKW in Majak aufbereitet werden. Doch die Verantwortlichen des AKW-Betreibers Axpo erklärten die Recherchen zunächst als gegenstandslos. Erst im September 2010 gab Axpo öffentlich zu, dass sie fürs AKW Beznau Uranbrennmaterial aus Majak bezieht.

Eine lange Geschichte von Zwischenfällen

Das «Chemiekombinat Majak» war die erste Anlage in der damaligen Sowjetunion, in der spaltbares Material hergestellt wurde. Der erste Reaktor nahm den Betrieb 1948 als Teil des sowjetischen Atomwaffenprogramms auf. Zwischen 1948 und 1987 wurden insgesamt zehn Kernreaktoren in Betrieb genommen. Seit 1987 produziert Majak kein kernwaffenfähiges Material mehr. Bis 1991 wurden acht Reaktoren stillgelegt. Die zwei noch in Betrieb befindlichen Reaktoren produzieren unter anderem Isotope für medizinische, militärische Zwecke und für die Forschung. Ausserdem wird in Majak Brennstoff für Kernkraftwerke und U-Boote hergestellt.

Bereits in frühen Jahren kam es zu Unfällen und Zwischenfällen in der Anlage: So explodierte 1957 ein Stahltank mit 300 m3 hochaktiven, plutoniumhaltigen Abfällen. In der Folge wurde ein Gebiet von 23'000 km² verseucht, in dem rund eine Viertelmillion Menschen leben. Zehn Jahre später verdunstet während einer Dürreperiode der Karachay-See, wo radioaktive Abfälle von Majak gelagert wurden. Der radioaktive Dunst verstrahlt ein Gebiet von 2700 km²; 40'000 Menschen sind betroffen.

Greenpeace macht **AKW-Betreibern Beine**

Greenpeace recherchiert seit mehreren Jahren in Sachen Majak. So stiess die Organisation auch auf die Verbindung Schweiz-Majak. 2008 veröffentlichte der Atomkonzern Axpo eine Ökobilanz zum AKW Beznau, wonach die dort eingesetzten russischen Brennelemente aus Abrüstungsuran und wieder aufbereitetem Uran gefertigt werden. Doch Greenpeace zeigte darauf, im Jahr 2009, in einem Report, dass in Beznau nicht, wie vorgegeben, Waffenuran verwendet wird. Axpo aber wies den Report als gegenstandslos zurück.

Doch die Fassade beginnt immer mehr zu bröckeln. Bereits im Februar 2010 bestätigt Axpo, dass das verwendete Uran nicht aus der Abrüstung, sondern aus einer russischen Wiederaufbereitungsanlage stammt. Der Stromproduzent äussert sich jedoch nicht zum Vorwurf, dass das Uran aus Majak stammen könnte. Dennoch verspricht Axpo weitere Abklärungen. In der Fernsehsendung «Rundschau» vom 8. September 2010 auf SF1 gibt Axpo dann erstmals öffentlich zu, dass die AKW Beznau und Gösgen Uranbrennmaterial aus Majak beziehen. Im Oktober 2010 erklärt Axpo-CEO Manfred Thumann, dass es sich bei der radioaktiven Verstrahlung rund um Majak um eine «Altlast» handle und sie nichts mit der aktuellen Produktion zu tun habe.

Greenpeace richtet sich darauf in einem offenen Brief an die Axpo-Leitung und fordert sie auf, Transparenz in die Majak-Geschäfte zu bringen und Verantwortung für den Schaden an Mensch und Umwelt zu übernehmen. Der Brief richtet sich auch an die Kantone AG, GL, SH, ZG und ZH sowie verschiedene Elektrizitätswerke. Diese tragen als Aktionäre Mitverantwortung für die Geschäfte des Konzerns.

Bis zum Redaktionsschluss haben die Aktionäre, so bestätigt Greenpeace, nur teilweise reagiert und weisen in ihren Stellungnahmen darauf hin, dass sich die Organisation direkt an den Verwaltungsrat wenden soll. Die Verantwortlichen schauen einfach weiterhin weg.

Eine Reise deckt Gruseliges auf

Währenddessen führt eine Reise im November 2010 Mitglieder von Organisationen sowie Journalisten in die Gegend von Majak. Sie fördert Bedrückendes zutage: Ein grosses Gebiet ist radioaktiv verseucht, doch mangels besserer Alternativen verharren viele Bewohner in der Gegend. In jeder Familie findet man Fälle von Krebs und Leukämie.

Unterdessen gerät Axpo zunehmend unter Druck und gibt Details über die Herkunft ihres Brennmaterials bekannt. Zudem weist sie auf zusätzliche Dunkelzonen in der Uranlieferkette hin. Axpo kündigt einen Besuch in der Majak-Anlage an und Axpo-Chef Manfred Thumann lässt verlauten: «Wir werden möglicherweise Sachen finden, die uns nicht gefallen.» Ungefähr gleichzeitig informiert auch der Stromproduzent BKW, dass vor Jahren ein Teil des Brennmaterials, das im AKW Mühleberg verwendet wurde, aus Majak stammte. Es wird klar, dass alle drei AKW-Betreiber in der Schweiz - Axpo (Beznau), Alpiq (Gösgen) und BKW (Mühleberg) - Atomstrom mit schmutzigem Majak-Uran produzierten oder immer noch produzieren.

Axpo nominiert für Schmähpreis

Berichte in Schweizer Medien (z.B. «Beobachter» vom 24. November 2010: «Leben in der Todeszone» von Thomas Angel oder die «Rundschau» auf SF1 vom 25. November 2010) brechen die Mär vom «sauberen» Atomstrom und zeigen auf, welche Auswirkungen die Aufbereitungsanlage in Majak tatsächlich auf die Bevölkerung hat. Obwohl Axpo angekündigt hat, nach Majak reisen zu wollen, sind bisher keine konkreten Schritte zur Aufarbeitung der gravierenden Missstände eingeleitet worden.

Das bewog die Schweizerische Energie-Stiftung im Dezember 2010, den AKW-Betreiber Axpo für den Public Eye Award anzumelden, einen Schmähpreis, der jedes Jahr einer Firma verliehen wird, die sich durch besonders Menschen und Umwelt verachtende Geschäftspraktiken auszeichnet. Axpo schaffte es auf die Liste der Nominierten und landet im Februar 2011 bei der endgültigen Entscheidung auf Platz 6. Axpo hat in ihrer Stellungnahme zur Nominierung lediglich erneut darauf hingewiesen, dass die Kontamination aus den 1950er- und 1960er-Jahren stammt und wehrt sich dagegen, dass man sie für Verfehlungen des stalinistischen Regimes verantwortlich macht.

Inzwischen jedoch leiden die Menschen in Majak weiter und in der Schweiz wird weiterhin mit Uran aus Majak gewirtschaftet. Dennoch lehnen die AKW-Betreiber weiterhin jegliche Verantwortung ab.

Ziel 2000 Watt: Wo stehen die Energiestädte?



6300 Watt: So viel beansprucht jede Schweizerln jährlich an energetischer Dauerleistung. Diese Leistung kann man sich so vorstellen: Pro Person brennen 63 Glühbirnen à 100 Watt rund um die Uhr - 8760 Stunden pro Jahr. Global nachhaltig ist pro Person eine Leistung von 2000 Watt. Vor einem Jahr lancierte deshalb EnergieSchweiz für Gemeinden ein Pilotprojekt: Sechs Energiestädte (Zürich, Buchs, Planken, Illnau-Effrektikon und Vevey) liessen sich erstmals an den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft messen.

Alle sechs Energiestädte liegen 20 bis 40% unter dem Durchschnitt von 6300 Watt pro Einwohnerln. Bereits heute haben sie also das gesteckte Etappenziel für das Jahr 2020 (5160 Watt) mehr oder weniger deutlich unterschritten. Konkret ergab die Standortbestimmung Werte von rund 5000 Watt pro EinwohnerIn (Zürich, Vevey), 4500 Watt (Planken, Illnau-Effretikon) und 4200 Watt (Buchs). Spitzenreiterin ist die Urner Gemeinde Erstfeld. Mit 3400 Watt kommt sie den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft am nächsten.

«Wir wissen nun, dass die Massnahmen in den Energiestäten wirken», sagt Kurt Egger. Für den Programmleiter von EnergieSchweiz für Gemeinden sind die Ergebnisse «eine wichtige Standortbestimmung». Zusammen mit der Fachstelle 2000-Watt-Gesellschaft wurden folgende Energieverbräuche analysiert: fossile Energieträger (Heizöl, Gas), Treibstoffe (Benzin, Diesel, Gas), Strom sowie erneuerbare Energien und Abwärmenutzung. Laut Kurt Egger zeigen die Resultate aber auch, dass in den Bereichen motorisierte Mobilität, Brennstoffe und Stromverbrauch verstärkte Massnahmen notwendig sind, wenn das 2000-Watt-Ziel langfristig erreicht werden soll.

Dass sich die sechs Energiestädte auf den Weg Richtung 2000-Watt-Gesellschaft machen, freut auch Michael Kaufmann, derzeit noch Programmleiter EnergieSchweiz: «Das wird zu Resultaten führen und zu unabhängigerer Energieversorgung.»

Weitere Infos: www.energiestadt.ch